

03.01.2012 / Titel / Seite 1

Wulff droht Bild mit Krieg

Peter Wolter

Bundespräsident Christian Wulff verstrickt sich von Tag zu Tag mehr in seinen Verdrehungen, Ausflüchten und Halbwahrheiten: Zuerst versuchte er tagelang, seinen umstrittenen privaten Hauskredit zu bagatellisieren, dann setzte er seinen Pressesprecher vor die Tür, um dann kurz vor Weihnachten eine nichtssagende Erklärung zu verlesen. Und jetzt das: Am gestrigen Montag kam heraus, daß er auch noch versucht hat, per Drohanruf einen Bericht über diesen Skandal zu verhindern.

Wie Bild bestätigte, hatte Wulff von einem Staatsbesuch am Persischen Golf aus Chefredakteur Kai Diekmann auf dessen Anrufbeantworter eine Botschaft hinterlassen: »Der Bundespräsident zeigte sich darin empört über die Recherchen zu dem Hauskredit und drohte unter anderem mit strafrechtlichen Konsequenzen für den verantwortlichen Bild-Redakteur«, erklärte das Blatt am Montag. Aus anderen Quellen verlautete, Wulff habe den »endgültigen Bruch« mit dem Springer-Verlag angedroht und habe von einem »Krieg« geredet, falls die »unglaubliche Geschichte« gedruckt werde.

In seiner Dienstausgabe berichtet Bild ferner, die Redaktion habe Wulff vor der Veröffentlichung Gelegenheit zu einer ausführlichen Stellungnahme gegeben. Diese habe der Präsident am 12. Dezember zunächst abgeben lassen, dann aber kurz vor Redaktionsschluß wieder zurückgezogen.

Zwei Tage nach der Veröffentlichung »suchte der Bundespräsident erneut den Kontakt zum Bild-Chefredakteur und bat in einem Telefonat persönlich um Entschuldigung für Ton und Inhalt seiner Äußerungen auf der Handy-Mailbox«, heißt es weiter. »Nach breiter redaktioneller Debatte« habe Bild »dann davon abgesehen, eigens über den Vorfall zu berichten.« Nach Informationen von Spiegel online versuchte Wulff anschließend, beim Vorstandsvorsitzenden des Springer-Verlages, Mathias Döpfner, den Hebel ansetzen. Der habe ihn jedoch abblitzen lassen und auf die Unabhängigkeit der Redaktion hingewiesen.

Empört reagiert der Deutsche Journalistenverband (DJV) auf die Einschüchterungsversuche des Staatsoberhauptes. »Wenn sich die Vorwürfe als richtig erweisen, ist das nicht akzeptabel«, erklärte DJV-Sprecher Hendrik Zörner. Der Bundespräsident müsse sich »als Staatsoberhaupt wie kein anderer Politiker um die Freiheit der Presse bemühen«. Die versuchte Einflußnahme habe deshalb eine »besondere Dimension.« Der Deutsche Presserat bezeichnete Wulffs Vorgehen als bedenklich.

Das Bundespräsidialamt reagierte auf diese Vorwürfe mit Allgemeinplätzen: »Die Presse- und Rundfunkfreiheit ist für den Bundespräsidenten ein hohes Gut«, hieß es in einer Mitteilung. Wulff habe deshalb bezüglich des Billigkredits für sein Privathaus und zu seinen Urlauben in Unternehmervillen »Transparenz hergestellt, Erklärungen abgegeben und mehrere hundert Medienanfragen beantwortet.« »Über Vieraugengespräche und Telefonate gibt der Bundespräsident aber grundsätzlich keine Auskunft.«

Im Parlament hält sich die Empörung über Wulffs Nähe zur Korruption und darüber, daß er Journalisten bedroht, noch in Grenzen - wohl aus Überlegungen heraus, die mit der Arithmetik der bevorstehenden Wahlkampfzeit zu tun haben.